

PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.

Andreas Jung (CDU), Fraktionsvize, gab heute, 17.06.19, dem Südwestrundfunk ein Interview zum Thema:

„**UN-Klimakonferenz / CDU-Klimapolitik**“.

Das „SWR Tagesgespräch“ führte Mirjam Meinhardt.

Mit freundlichen Grüßen

Zentrale Information

SÜDWESTRUNDFUNK

Anstalt des öffentlichen Rechts
Radio · Fernsehen · Internet

Multimediale Chefredaktion

Zentrale Information

SWR Tagesgespräch

Postadresse 76522 Baden-Baden
Hausadresse Hans-Bredow-Straße
76530 Baden-Baden

Telefon 07221/929-23981

Telefax 07221/929-22050

Internet www.swr2.de

Datum: 17.06.2019

Unions-Fraktionsvize Jung (CDU) zur CO2-Steuer: „Arbeit ist ergebnisoffen“

Baden-Baden: Vor der heute beginnenden UN-Klimakonferenz hält es Unions-Fraktionsvize Andreas Jung für das richtige Signal, dass sich Deutschland hinter das Ziel einer klimaneutralen EU bis 2050 stellt. Im SWR Tagesgespräch sagte der CDU-Politiker, das Signal sei „richtig und notwendig“.

Außerdem betonte Jung im SWR, das angekündigte Klimaschutzgesetz werde dieses Jahr kommen. Das habe der Koalitionsgipfel im Kanzleramt letzte Nacht bekräftigt. Jetzt gehe es darum, die Treibhausgas-Emissionen in allen Bereichen, wie Verkehr, Gebäude, Industrie oder Landwirtschaft möglichst zu verringern. Trotzdem entstehende Emissionen müssten dann bspw. durch Aufforstungsmaßnahmen kompensiert werden.

Die Union arbeite derzeit daran, dass es ein „marktwirtschaftliches Instrument der Bepreisung von CO2“ geben werde. Anders als sein Fraktionskollege Nüßlein von der CSU betont Jung, in diesem Bereich werde „ergebnisoffen“ gearbeitet. Entsprechend schließt Jung eine CO2-Steuer auch nicht von vornherein aus. Im SWR sagte er, es gehe um ein Gesamtkonzept, in dem auch „steuerliche Anreize eine Rolle spielen“ würden, ebenso wie der Zertifikate-Handel. Hier werde auch die europäische Entwicklung entscheidend sein. Im Zweifel aber dürfe Deutschland nicht auf Europa warten.

Wortlaut des Live-Gesprächs:

Meinhardt: Offenbar unterstützt Deutschland doch noch das Ziel für eine klimaneutrale EU bis 2050. Wie erklären Sie sich das - haben die letzten Wahlergebnisse so aufgeschreckt, dass man jetzt ein Zeichen setzen muss?

Jung: Ich halte das für richtig, dass Deutschland diese Signale gibt. Es war zu klären, wie genau das umgesetzt werden kann. Und die Voraussetzung ist nicht, dass das heißt, dass die EU oder ein Mitgliedsstaat dann quasi im Jahr 2050 überhaupt kein Treibhausgas mehr ausstoßen darf. Sondern wenn das der Fall ist, was bei uns der Fall sein wird, weil wir Industrieland bleiben werden, und es dann prozess-bedingte Emissionen gibt, die dann auf jeden Fall entstehen, dann muss man die und kann die kompensieren etwa durch Aufforstungsmaßnahmen. Diesen Weg will man jetzt gehen und deshalb halt ich dieses Signal für richtig und für notwendig.

Meinhardt: Sie haben es angesprochen, Kanzlerin Merkel hat diese Unterstützung bisher offengelassen, bis denn klar ist, wie man dieses Ziel erreichen kann. Jetzt liegt offenbar eine Antwort vor, wie sieht die denn dann aus?

Jung: Ich denke da muss, so habe ich ihre Ankündigung auch verstanden, da müssen Details noch geklärt werden in der Bundesregierung, im Klimakabinett. Aber ich halte es für sehr richtig zu sagen, wir versuchen unsere Treibhausgase soweit wie es irgendwie geht bis 2050 zu reduzieren. Dazu müssen wir die Potentiale im Bereich Energie und Verkehr in der Landwirtschaft, im Gebäudebereich, auch in der Industrie, das was möglich ist ausschöpfen und das was dann noch möglich ist, da werden wir Projekte umsetzen, etwa im Bereich der Aufforstung, um das zu kompensieren. Das ist ein Gesamtkonzept und genau das hat sich heute Nacht der Koalitionsausschuss vorgenommen, indem er sich dazu bekannt hat, dass noch in diesem Jahr ein Gesetz gemacht wird, indem dargestellt wird und unterlegt wird, wie wir unsere Klimaziele erreichen.

Meinhardt: Jetzt ist es so, dass Bundesumweltministerin Schulze ja schon die ganze Zeit ihre Klimavorschläge vorgelegt hat und da wartet auf sozusagen Vorschläge aus den unionsgeführten Ministerien. Sehen Sie denn dann, dass da jetzt tatsächlich was kommt?

Jung: Da kommt jetzt was, das ist die klare Vereinbarung von heute Nacht. Das ist nicht zuletzt auch der Auftrag, den wir jetzt mit unserer Kommission haben, mit der wir ein marktwirtschaftliches Instrument vorantreiben wollen für Klimaschutz. Unser Weg ist nicht diese Ziele dadurch zu erreichen, dass es immer mehr Verbote gibt. Unser Weg ist nicht, dass dadurch zu erreichen, dass wir immer mehr Subventionen beschließen, sondern wir sollen ein marktwirtschaftliches Instrument der Bepreisung von CO₂, um ein Preissignal zu setzen, um aus dem Gestrüpp von Umlagen und Abgaben und Steuern, die wir im Energiebereich ja schon haben, etwas zu machen, was tatsächlich Klimaschutz voranbringt, das ist bisher nicht der Fall.

Meinhardt: Sie sagen, Sie wollen eine Bepreisung, jetzt ist es so, dass der Kollege Nüßlein mit dem gemeinsam dieses Steuerkonzept erarbeiten sollen, schon ganz klar gesagt hat, also eine CO₂-Steuer die werde es nicht geben. Das heißt, wie kommen Sie da zusammen?

Jung: Wir haben in der Union, wie im Übrigen auch darüber hinaus, eine Diskussion, ob eine CO₂-Steuer der richtige Weg ist. Da gibt es Kollegen bei uns die dafür sind, andere die das skeptisch sehen. Für mich ist entscheidend, das was am Ende an Wirkung herauskommt und das heißt, dass wir dieses System an unterschiedlichen Steuern, Umlagen, das wir ja haben, 60 bis 80 Milliarden an Euro pro Jahr, das wir das so überprüfen, dass es tatsächlich ein Innovationssignal gibt und das müssen wir erreichen. Da gibt's zum Beispiel ja auch die Möglichkeit des Zertifikate-Handels und da sind jetzt die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Instrumente abzuwägen. Es muss vor allem so gemacht werden, dass das sozial ausgewogen ist, dass wir Industrie, Wirtschaft, Mittelstand mitnehmen. Wir brauchen übrigens dazu unterm Strich nicht mehr Staatseinnahmen, sondern es muss ein Instrument sein, dass am Ende Innovationssignale setzt und darum ringen wir jetzt.

Meinhardt: Das heißt eine CO₂-Steuer ist jetzt noch nicht komplett vom Tisch?

Jung: Unsere Arbeit ist ergebnisoffen. Da werden mit Sicherheit steuerliche Anreize eine Rolle spielen und dann wird die Frage sein, wie ein Gesamtkonzept aus steuerlichen Maßnahmen

und möglicherweise einer Umsetzung eines Zertifikate-Handels aussehen soll. Es wird auch noch entscheidend sein, wie die europäische Entwicklung ist. Auf europäischer Ebene verhandeln ja die Fraktionen im Europaparlament über die Frage einer Ausweitung des Emissionshandels auf europäischer Ebene, ob also etwa Sektoren, wie Wärme und Verkehr dort einbezogen werden können. Wir machen uns jetzt an die Arbeit. Und das Entscheidende ist, dass am Ende rauskommt, dass wir mit diesem Weg mit einem marktwirtschaftlichen Weg, einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, dass im September mit dem Klimaschutzgesetz glaubwürdig unterlegt werden kann, wir erreichen unsere Klimaziele, das ist der Maßstab.

Meinhardt: Jetzt ist es so, dass diese Ausweitung des Emissionshandels, die wird schon länger diskutiert, der Emissionshandel den haben wir auch schon in gewisser Weise für gewisse Sektoren. Sie sagen jetzt, Sie wollen das Ganze ausweiten. Bisher glauben aber alle Experten, dass das viel zu lange dauert, bis man da wirklich Schritte vorankommt?

Jung: Es ist in der europäischen Politik Musik drin, weil jetzt ja so etwas wie Koalitionsverhandlungen stattfinden zwischen unterschiedlichen Parteien, unserer Parteien-Familie, Demokraten, Liberalen und Grünen. Es kann sein, dass dort was passiert, aber wir dürfen nicht abwarten. Wenn da nichts passieren sollte, dann ist es möglich, dass es eine Koalition der Willigen gibt, dass also die Staaten in Europa, die diesen Weg gehen wollen, die für eine ambitionierte Klimapolitik stehen alleine vorangehen ohne auf einen europäischen Beschluss zu warten und es wäre auch denkbar, dass man im nationalen Maßstab über so einen Weg nachdenkt, wenn man am Ende zum Ergebnis kommt, da spricht mehr dafür als für andere Instrumenten. Das Beste ist immer der internationale Weg, aber es darf keine Ausrede sein. Wir müssen jetzt handeln und in diesem Jahr einen maßgeblichen Beitrag zu dem Klimaschutzgesetz leisten.

- Ende Wortlaut -